



Gunther Krichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Wir sind auf dem richtigen Weg

Bundestag beginnt mit den Beratungen zum Bundeshaushalt 2011

Die erste Sitzungswoche nach der Sommerpause wird traditionell von der Einbringung des nächsten Bundeshaushalts und den sich hieran anschließenden Beratungen geprägt. Die abschließende Beschlussfassung im Bundestag wird vom 23. bis 26. November 2010 stattfinden.

Bundesfinanzminister Schäuble stellte in seiner Einbringungsrede mit dem Leitmotiv „Solide Staatsfinanzen durch eine wachstumsfreundliche Defizitreduzierung“ Ziel und Strategie der Bundesregierung für den Haushalt 2011 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2014 dar.

Der Haushaltsentwurf markiere einen Wendepunkt in der Haushalts- und Finanzpolitik des Bundes, so der Minister. „Wir machen mit der Wende bei den Ausgaben zum ersten Mal Ernst“. Lagen die Ausgaben im Bundeshaushalt 2010 noch bei 319,5 Milliarden Euro, so sollen diese sich nach dem vorgelegten Entwurf in 2011 auf 307 Milliarden Euro und in 2012 auf 301 Milliarden Euro reduzieren. Schäuble betonte: „Damit schaffen wir erstens die Voraussetzungen dafür, dass wir das Wachstum der Ausgaben unter dem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes halten – das ist die entscheidende Größenordnung, um die zu hohe Verschuldung dauerhaft zurückzuführen –, und zweitens dafür, dass wir die Neuverschuldung zurückführen.“

In der Generalausprache zur Regierungspolitik, die in der Haushaltswoche traditionell anlässlich der Beratungen über den Etat des Bundeskanzler-

amtes geführt wird, kündigte Bundeskanzlerin Angela Merkel einen „Herbst der Entscheidungen für wichtige Weichenstellungen in Deutschland“ an. Die Opposition betreibe eine rückwärtsgewandte Politik, die christlich-liberale Koalition habe das Land voran gebracht. Deutschland sei wieder die „Wachstumslokomotive“ in Europa. In den vergangenen Monaten hätten Union und FDP eine Kreditklemme verhindert, die Lohnzusatzkosten stabil gehalten, die Konjunkturprogramme vorgebracht und das Kindergeld erhöht. Zwei Jahre nach Beginn der Finanzkrise habe Deutschland ein großes Stück des Weges zur Überwindung der Finanz- und Wirtschaftskrise geschafft. „Wir haben Grund zur Zuversicht“, stellte Merkel fest. Der Arbeitsmarkt habe sich in der Krise robust gezeigt, die Arbeitslosigkeit sei wieder auf rund drei Millionen gesunken. „Ob zwei Millionen Menschen weniger arbeitslos sind oder nicht, das ist eine zentrale Frage der Gerechtigkeit in unserem Land“, hob die Kanzlerin hervor.

In einer kämpferischen Rede setzte sich die Bundeskanzlerin ehrgeizige Ziele: die Rückführung der Schulden, die Verwirklichung des Energiekonzepts, die Gesundheits- und Bundeswehrreform sowie die Sicherung der Sozialsysteme. Mit dem Bundeshaushalt, den die Bundesregierung in den Bundestag eingebracht hat, werde der Weg solider Finanzen beschritten. „Nicht einzelne haben über die Verhältnisse gelebt. Die Politik hat in den vergangenen Jahren nicht die Kraft aufgebracht, für die Zukunft Vorsorge zu tragen“, sagte Merkel.

Zitat der Woche

«Wir haben einen Haushalt, bei dem immer noch jeder fünfte Euro mit Schulden finanziert ist. Aber wir haben einen Weg eingeschlagen, der genau damit Schluss macht.» (Angela Merkel an diesem Mittwoch)

Stuttgart 21 war Thema im Bundestag

In der Generalaussprache zur Regierungspolitik bekannten sich führende Politiker der Union zum großen Infrastrukturprojekt im Südwesten. Allen voran die Bundeskanzlerin: „Die Grünen sind immer für die Stärkung der Schiene. Wenn es aber einmal um einen neuen Bahnhof geht, sind sie natürlich dagegen.“ An die SPD gerichtet, sagte sie: „Die SPD war jahrelang für Stuttgart 21. Jetzt, wo man ein bisschen dafür kämpfen muss, fangen Sie an, dagegen zu sein. Diese Art von Standhaftigkeit ist genau das, was Deutschland nicht nach vorne bringt. Wir wollen etwas anderes.“

Die Bundeskanzlerin führte weiter aus, dass man bei völlig rechtmäßig getroffenen Entscheidungen keine Bürgerbefragung in Stuttgart brauche. „Vielmehr wird genau die Landtagswahl im nächsten Jahr die Befragung der Bürger über die Zukunft Baden-Württembergs, über Stuttgart 21 und viele andere Projekte sein, die für die Zukunft dieses Landes wichtig sind.“, so die Bundeskanzlerin weiter. Auch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Volker Kauder äußerte sich zu Stuttgart 21. Bei diesem Projekt gehe es um eine moderne europäische Verkehrsperspektive, nicht nur um einen Bahnhof. Er warf der Opposition verantwortungsloses Handeln vor. „Bei Stuttgart 21 geht es nämlich nicht allein um Stuttgart, sondern es geht um eine große europäische Verkehrsentwicklung, von der nicht nur die Zukunft unseres Landes, sondern auch die Zukunft Europas abhängt. Sie sind gegen das Projekt, obwohl Sie wissen, dass es eine Zukunftsperspektive für Baden-Württemberg, für Deutschland und Europa bietet. Das nenne ich verantwortungslos. Herr Gabriel, man wird nicht richtig schlau, was Sie eigentlich genau wollen. Das ist das eigentlich Schlimme. Ihr Parteifreund Ivo Gönner aus Ulm hat gesagt: Eine Partei, die in schwieriger Situation, wenn es ernst wird, nicht die Kraft hat, zu stehen, ist keine Regierungspartei mehr. - Das hat Ivo Gönner von der SPD gesagt, nicht wir. Genauso ist es. Wer Entscheidungen mitträgt und zigmal sagt, sie müssten sein, dann aber umfällt, der hat

kein Recht, in diesem Land zu regieren; denn er bringt dieses Land nicht voran, sondern wirft es zurück.“

Der Vorsitzende der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag, Thomas Strobl, und der baden-württembergische Verkehrspolitiker Steffen Bilger haben den Antrag der SPD-Bundestagsfraktion, das Infrastrukturprojekt Stuttgart 21 bis zu einem Volksentscheid zu stoppen, als „billigen Populismus“ bezeichnet: „Bis vor kurzem war die SPD selbst noch Verfechter von Stuttgart 21, und maßgebliche Vertreter der Partei haben das Projekt als ‚unumkehrbar‘ bezeichnet. Daran hat sich in den letzten Tagen selbstverständlich nichts geändert: Stuttgart 21 ist demokratisch einwandfrei legitimiert, Gerichte haben zig Klagen gegen das Projekt zugunsten der Projektträger entschieden, die Deutsche Bahn AG als Bauherr hat das Baurecht erworben. Die SPD vollzieht jetzt eine 180-Grad-Drehung und verliert damit ihre politische Glaubwürdigkeit: Jetzt das Fähnlein in den Wind zu halten, gegen langjährige Überzeugungen zu handeln und sich mit solchem billigem Populismus bei den Grünen anzubiedern, spricht Bände über eine Partei, die offenbar keinerlei Wert mehr darauf legt, als verlässlich und glaubwürdig zu gelten. Wie die Grünen verhält sich nun auch die SPD absolut unredlich: Beide Parteien suggerieren den Menschen, Stuttgart 21 sei noch zu stoppen – aber das ist es nicht, die Bauarbeiten laufen bereits seit einem halben Jahr. Was wir jetzt in der Sache brauchen, sind Gespräche zwischen den Projekt-Befürwortern und den - Gegnern über die Teile des Projektes, die noch im Detail ausgestaltet werden können – Ministerpräsident Stefan Mappus hat seine Hand ja auch zum Dialog ausgestreckt. Was überhaupt nicht weiterhilft, sind solche populistischen und parteitaktischen Manöver wie das der SPD.“ Der Antrag der SPD wird ebenso wie die entsprechenden Anträge der beiden anderen Oppositionsfraktionen mit den Stimmen der Regierungsfaktionen abgelehnt werden.